

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 31.01.2005

im Violetten Saal des Kulturhauses

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsherr Bernd Schulte	CDU
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Zweiter stellv. Bürgermeister Jens Voß	SPD

von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
--------------------------	-------

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
------------------------	-----

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
---------------------------	----

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
----------------------------	-----

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Frau Petra Noack
Herr Frank Kusmirtz
Herr Hans-Jürgen Badziura

Schriftführerin:

Frau Ulrike Eht

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Erlass einer Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid zum 01.01.2005 Vorlage: 247/2004

2.1. Erlass einer Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid zum 01.01.2005 (1. Ergänzung) Vorlage: 247/2004/1

Beschluss:

Für die Gebührenanpassung zum 01.01.2005 für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid wird die Satzung in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

3. Betreuung und Förderung für Kinder 2004/ 2005 Vorlage: 014/2005

Nach kurzer Erläuterung durch Beigeordneten Dr. Schröder und sich anschließender kurzer Diskussion stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 014/2005 zur Abstimmung und der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

Beschluss:

Die am 12.07.2004 beschlossene Abbauplanung von Betreuungsplätzen für Kinder in Tageseinrichtungen wird der aktuellen Entwicklung angepasst. Anstelle von drei Gruppen werden bis auf weiteres nur zwei Regelgruppen für über 3-jährige Kinder geschlossen.

Die Verwaltung soll unverzüglich Verhandlungen mit den freien Trägern von Tageseinrichtungen aufnehmen, um die Schließung einer Gruppe in deren Bestand vorläufig auszusetzen. Bei mehreren Möglichkeiten soll die Auswahl auf die Gruppe mit den niedrigsten Betriebskosten fallen.

Weitere Entscheidungen zur Angebotsplanung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen erfolgen anhand des nächsten Berichtes zum Thema „Betreuung und Förderung für Kinder“ für den Zeitraum 2005 bis 2007.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16

4. Planung Parkgaragendachbegrünung/Zwischenlösung Gänsegärtchen Vorlage: 018/2005

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Vorlage 018/2005 mit Schreiben vom 27.01.2005 bereits zugegangen ist.

Herr Badziura erläutert die Vorlage und geht auf Einzelheiten ein.

Im Verlauf der sich anschließenden Diskussion fragt Ratsherr Oettinghaus nach dem Sachstand „Verkauf Filetgrundstück“. Die Beantwortung durch Bürgermeister Dzewas wird im sich anschließenden nicht öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Ratsherr Schwarz weist darauf hin, dass eine detaillierte Planung nicht notwendig sei, wenn es um eine provisorische Gestaltung gehe. Außerdem könne eine Auftragsvergabe an ein externes Unternehmen, unter Zusammenfassung der beiden Maßnahmen, die Kosten senken. Ratsherr Metzger regt an, Pläne für eine günstigere Variante zu erarbeiten.

Mit der Zusage einer möglichst kostengünstigen Planung, stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 018/2005 nach Abschluss der Aussprache zur Abstimmung und der Hauptausschuss fasst nachfolgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, jeweils einen Planungsauftrag in Höhe von 34.938,23 € zur Realisierung einer Parkgaragendachbegrünung sowie einer Zwischenlösung für den Bereich des "Gänsegärtchens" an das Landschaftsarchitekturbüro WES & Partner in Hamburg zu vergeben und die haushaltsmäßigen Vorbereitungen zur Realisierung dieser Maßnahmen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 1

5. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Keine.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Keine.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Kostenprüfung für einen stadteigenen Radarwagen

Beigeordneter Theissen beantwortet die anfrage, die die Fraktion der Lüdenscheider Liste in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 24.01.2005 gestellt hat, gemäß der Stellungnahme des Rechts- und Ordnungsamtes vom 31.01.2005 wie folgt:

„Gemäß § 48 des Ordnungsbehördengesetzes ist die Stadt Lüdenscheid berechtigt, neben der Kreisordnungsbehörde und der Polizei auch selbst die Einhaltung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten im Straßenverkehr an Gefahrstellen zu überwachen. Da diese Aufgabe bisher von der Stadt nicht wahrgenommen worden ist, liegen keine exakten Zahlen über Ausgaben und Einnahmen vor. Die nachfolgend genannten Zahlen basieren daher auf Nachfragen bei Vergleichstädten, Anbietern der entsprechenden Geräte und der erforderlichen Software sowie eigenen Schätzungen.

Anschaffungskosten für Fahrzeug, Verkehrsradargerät und Zubehör

Personenkraftwagen (Kombi)	19.000,00 €
Verkehrsradargerät mit Zubehör	54.000,00 €
Auslesegerät mit Zubehör	23.000,00 €
Filmentwicklung	1.000,00 €
Software	32.000,00 €
Verbrauchsmaterial	5.000,00 €
Kosten für Schulungen	1.000,00 €
	<hr/>
	135.000,00 €

Als Alternative könnten die Ausgaben um den Betrag von 24.000,00 € reduziert werden, wenn das Auslesen und das Entwickeln der Filme an ein Fremdunternehmen vergeben wird. Es entstehen dann aber laufende Kosten von ca. 250,00 € pro Film. In diesem Jahr würden dadurch Kosten von 4.000,00 € anfallen.

Bei dieser Alternative reduzieren sich die o.g. Ausgaben auf 115.000,00 €

Der Personalbedarf bemisst sich bei einer 12-stündigen Besetzung auf 2 Vollzeitstellen BAT VII, die zumindest in diesem Jahr durch den Außendienst/Stadtstreife zu Lasten der Schichten kompensiert werden können.

Im Innendienst ist ein Sachbearbeiter/in BAT V c/V b zusätzlich erforderlich. Dieses könnte in diesem Jahr ausnahmsweise durch eine befristete amtsinterne Umsetzung aufgefangen werden.

Die Einnahmen durch Verwarnungs- und Bußgelder werden aufgrund der notwendigen Schulungen und der erforderlichen Einarbeitungszeit im ersten Jahr bei angenommenen

5.000 bis 6.000 Fällen auf ca. 150.000,00 € geschätzt, in weiteren Jahren ist von einer Steigerung auf 200.000-250.000 € auszugehen.“

6.3. Anfragen

Keine.

Vorsitzender

Schriftführerin